

Viele Energiesperren

DIE LINKE lehnt die Praxis von Strom-, Gas- und Wassersperren ab. Mehrere Anträge dazu sollen diese Sperren verhindern. **S.3**

Keine Verschwendung

Nur mit den Stimmen der rechten Parteien haben SPD und Grüne ihren Millionen teuren Antrag zur Tour de France durchgebracht. **S.5**

Andere Verkehrspolitik

Prestigeprojekte werden gefördert, für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen bleibt zu wenig. DIE LINKE fordert ein Umdenken. **S.6**

Pleitegeier

Die ersten Kürzungen sind geplant. DIE LINKE zeigt Möglichkeiten auf für mehr Einnahmen und wo wirklich gespart werden kann. **S.7**

Neue Verkehrskonzepte



Fotomontage: Rheinblick/mapz

Wem gehört die Straße?

Fahrscheinlos durch Düsseldorf – Kongress zur Verkehrspolitik

Parallel zur Eröffnung des Düsseldorfer Prestigeprojektes Wehrhahnlinie am Samstag den 20. Februar, startet die Ratsfraktion DIE LINKE öffentlich die Diskussion um eine alternative, sozial- und umweltgerechte Verkehrspolitik für Düsseldorf. Mit einem Kongress im ZAKK soll der Startschuss für ein alternatives Verkehrskonzept gegeben werden und dabei das Grundrecht auf Mobilität für Alle im Fokus stehen. Eingeladen sind Alle, die sich in Düsseldorf für eine soziale, umweltfreundliche und solidarische Stadt einsetzen wollen.

Als praktischer Ansatz zur Umsetzung, soll das Konzept des fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) diskutiert werden. Dies bedeutet die kostenfreie Nutzung aller Busse, Straßen- und U-Bahnen für alle BewohnerInnen, welche über eine solidarische Finanzierung geregelt wird. Um dies zu realisieren muss das komplette Verkehrskonzept einer Stadt neu gedacht werden: ein sicheres und zusammenhängendes Radwegenetz, mehr Platz für FußgängerInnen, eine höhere Taktung von Bus und Bahn, sowie den Ausbau und die Erweiterung

des Bus- und Bahnnetzes sind Voraussetzungen für die Realisierung. In einigen europäischen Städten wurde der fahrscheinlose ÖPNV teilweise erfolgreich erprobt. Auch in deutschen Städten gibt es seit mehreren Jahren rege Diskussionen und erste Ansätze zur Umsetzung eines solchen Verkehrskonzeptes.

Die Umsetzbarkeit des fahrscheinlosen ÖPNV sowie damit einhergehende neue Verkehrskonzepte wollen wir nun auch in Düsseldorf langfristig auf die Agenda setzen und organisieren daher einen Kongress zu diesem Thema. Der Verkehrsexperte Prof. Dr. Heiner Monheim (em. Universität Trier) wird in einem Einstiegs-vortrag einen Überblick über das Konzept fahrscheinloser ÖPNV geben und darin linke Perspektiven für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik formulieren. Dann wird Anja Vorspel, Ratsmitglied und verkehrspolitische Sprecherin der Düsseldorfer Ratsfraktion DIE LINKE eine Bestandsaufnahme über die aktuelle Düsseldorfer Verkehrspolitik geben.

Im Anschluss hören wir Erfahrungsberichte aus anderen Städten – so wird Matthias Bärwolff, Fraktionsvorsitzender

und stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion Erfurt, über Erfolge und Ansätze Erfurter Verkehrspolitik berichten. Außerdem ist die Kölner Linksfraktion eingeladen, von ihren Diskussionen und Prozessen über eine alternative Verkehrspolitik zu berichten.

Im Anschluss werden die TeilnehmerInnen des Kongresses gefragt sein: In vier Arbeitsgruppen wird gemeinsam mit ExpertInnen tiefergehend zu folgenden Themen diskutiert: Radverkehr, Finanzierungsmodelle, Verkehrsplanung und (bürgerbeteiligende) Maßnahmen im Vorfeld.

Abschließend werden neue Perspektiven für Düsseldorf formuliert und nächste Verabredungen getroffen. Wir wünschen uns, die Diskussion nach dem Kongress weiter zu führen, um in den nächsten Jahren eine realistische Alternative für die Straßen Düsseldorfs zu formulieren.

Kongress zur Verkehrspolitik:
Samstag, 20.02.2016., 10.00-17.00,
ZAKK Fichtenstr. 40. Eintritt frei, kostenloses Mittagessen und Getränke. Veranstalter: Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf und Rosa Luxemburg Club.
www.wemgehörtdiestadt.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das vergangene Jahr in Düsseldorf wurde unter Anderem geprägt von den wöchentlichen Aufzügen der Dügida und der Aufnahme von Flüchtlingen.

An dieser Stelle möchten wir den vielen Düsseldorferinnen und Düsseldorfern danken, die verhindert haben, dass Rechtsextreme in Düsseldorf Fuß fassen konnten. Leider waren von den bürgerlichen Parteien kaum Vertreter bei den Gegendemonstrationen zu sehen. Ebenso möchten wir den vielen ehrenamtlich Tätigen danken, die sich mit viel Aufwand und Energie um Flüchtlinge und Asylsuchende gekümmert haben und noch immer kümmern. Ohne sie wäre die Aufgabe, die Flüchtlinge unterzubringen und ihnen zu zeigen, dass sie willkommen sind, gar nicht zu bewältigen.

Abseits des Engagements aus der Bevölkerung wurde auch wieder versucht, im Rat Kommunalpolitik zu machen. Nicht immer waren diese Versuche erfolgreich, da SPD, Grüne und FDP zwar einige neue Akzente gesetzt haben, aber im Grunde genommen die alte Politik fortsetzen. Wert wird immer noch gelegt auf Events (Tour de France) und Großprojekte (U 81). Dafür sind Kürzungen in anderen Haushaltspositionen vorgesehen. Über Abbau beim städtischen Personal wird spekuliert, obwohl heute schon die Belastung des Personals immens ist. Wie es anders gehen könnte, können Sie auch in dieser Ausgabe des R(h)blicks nachlesen. Wir wünschen allen ein friedliches und gesundes neues Jahr Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

34.977 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,9%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im November 2015 bei 26.248 (offizielle Arbeitslosenquote 8,2 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 34.977 um 8.729 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Ampelkoalition streicht Bücherbus

Die Bücherbusse der Stadtbüchereien waren in Düsseldorf seit 1971 überall dort im Einsatz, wo der Weg zu einer der Büchereifilialen zu weit war. Von der Flotte mit einstmalig drei Bussen ist bis zum vergangenen Jahr noch ein Bus im Einsatz gewesen. 15 Haltestellen steuerte er an, mehrere zehntausend Bücher und andere Medien wurden jedes Jahr ausgeliehen. Zudem diente der Bus als ein beliebter Nachbarschaftstreff für Kinder und Erwachsene. Um Kosten zu sparen, beschloss die Ampelkoalition, trotz erheblicher Proteste auf der vergangenen Ratssitzung, den Bücherbus einzustellen. Die Einstellung des Bücherbusses bedeutet eine deutliche Verschlechterung des Bibliothekangebots in Düsseldorf – DIE LINKE stimmte daher gegen diese Entscheidung.

Umweltpreis

Ein Innenhof wird zum grünen Nachbarschaftstreff

In jedem Jahr vergibt die Stadt Düsseldorf zu einem bestimmten Thema den Umweltpreis der Landeshauptstadt. In diesem Jahr wurde der Preis unter dem Motto „Nachhaltig gärtnern und gestalten“ vergeben. Es wurden realisierte Vorhaben prämiert, die besondere Leistungen im Sinne einer nachhaltigen und naturnahen Gestaltung, Pflege und Nutzung von Flächen in Düsseldorf erbracht haben. Außerdem wurden besonders Projekte berücksichtigt, die eine gemeinschaftliche, nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung von Flächen in Form von Gemeinschafts- oder Mietergärten realisiert haben.

Preisträger ist ein Projekt in der Krahestraße, das vom Hausbesitzer umgesetzt wurde und vom Verein „Gute Nachbarschaft e. V.“ getragen wird.

Bei diesem Projekt wurden die 44 Garagen und Werkstätten im Hinterhof geräumt und teilweise abgerissen. So

entstand im Laufe von 5 Jahren ein Innenhof zwischen Krahestraße und Mettmanner Straße mit einer Fläche von ca. 1.000 qm. Der Abriss der Mauern sowie der Garagen und Werkstätten zwischen den einzelnen Grundstücken und die Öffnung zwischen den Häusern hat es ermöglicht, dass sich Kontakte zu MieterInnen ergaben, die bisher nichts voneinander wussten. Heute kennt jeder seine NachbarInnen, man besucht sich in den Gärten und unterhält sich miteinander. Die entstandenen Flächen wurden entsiegelt. Es wurden sechs neue Bäume gepflanzt, davon drei Obstbäume und ein Walnussbaum. Alte und neue MieterInnen, Eltern zusammen mit ihren Kindern pflanzten in dem entstandenen Garten Gemüse, Blumen und Kräuter. In einem Teil entsteht ein Kinderspielplatz mit einer Rutschbahn, einem Kletterturm und einem Sandkasten. Auf mehreren Wiesenflächen

treffen sich die MieterInnen bei gutem Wetter mit FreundInnen zum Grillen oder gemütlichem Beisammensein. Unter dem Garten wurde eine Regenwasserzisterne installiert, aus der mit Hilfe von Pumpen ein Springbrunnen und eine Wasserstelle zur Bewässerung der Gärten betrieben werden.

Der Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung Flingern/Düsseltal, Ben Klar, hat das Projekt in den zurückliegenden Jahren mit Interesse verfolgt. Er hat den Verein bei der Einreichung der Unterlagen zum Wettbewerb unterstützt und freut sich zusammen mit den MieterInnen, dass das Projekt für die Verleihung des Umweltpreises ausgewählt wurde.

Das Preisgeld von 2.500 Euro kann der Verein gut gebrauchen, denn es sind noch Flächen zu begrünen und der Kinderspielplatz muss noch mit weiteren Geräten ausgestattet werden.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Hans-Günter Sohl-Straße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein mag. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Die Hans-Günter Sohl-Straße in Flingern

Schon im September 2014 berichteten wir über Hans Günter Sohl nachdem eine Straße in Flingern benannt ist. Da es zwischenzeitlich eine Kontroverse über die Namensnennung gab, nehmen wir das zum Anlass erneut über Hans Günter Sohl zu berichten.

Hans Günter Sohl trat 1933 in die NSDAP ein. Im gleichen Jahr wechselte er zum Rohstoff-Ressort der Friedrich Krupp AG, dessen Leitung er 1935 übernahm. Ab 1. Oktober 1941 ersetzte er Hermann Wenzel als Vorstand der Vereinigten Stahlwerke und wurde im November 1943 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke berufen. 1942 wurde Sohl dann zum Wehrwirtschaftsführer der Reichsvereinigung Eisen ernannt. Die Vereinigten Stahlwerke spielten für die

NSDAP bzw. deren Finanzierung sowie der späteren Aufrüstung eine wichtige Rolle.

Hans-Günter Sohl hat es mit zu verantworten, dass Tausende Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs in der Produktion in der Stahlindustrie unter unmenschlichen Bedingungen schufteten mussten.

Sohl wurde zwar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von den Briten vom 1. Dezember 1945 bis 17. Mai 1947 interniert. Das war allerdings nicht das Ende der Karriere des Naziprofiteurs Hans-Günter Sohl. Im Nachkriegs-Deutschland konnte er nahtlos an seine alte Karriere anschließen. 1953 wurde er Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG als Nachfolgerin der Vereinigten Stahlwerke. Von 1956 bis 1969 war Sohl Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie sowie von 1972 bis 1976 Vorsitzender des Bundesverbands der Deutschen Industrie. 1989 starb Sohl in Düsseldorf.

Schon 1991 wurde eine Straße nach Sohl benannt. Skandalerweise in der direkten Nähe des ehemaligen KZ-Aussenlagers Berta auf dem heutigen Neubauviertel Grafental. Dort mussten die Häftlinge unter unmenschlichen Umständen Leichtmetallteile für die Produktion der V2-Raketen herstellen.

Nun kam es in der Bezirksvertretung zu einer heftigen Kontroverse. DIE LINKE beantragte in der Septembersitzung die Straße umzubenennen. CDU und FDP lehnten den Antrag vehement ab. Grüne und SPD eierten rum und wollten sich dem Antrag weder anschließen noch ihn ablehnen. Mit ihrer Mehrheit beauftragten sie die Mahn- und Gedenkstätte Sohl auf dessen Eignung prüfen zu lassen. Eine Reinwaschung ist nicht zu erwarten. Währenddessen brachte die DKP schon mal ein Zusatz an dem Strassenschild an, dass die Nazivergangenheit von Sohl erläutert. Auf Drängen der Polizei musste dieses nach 30 Minuten wieder abgenommen werden.



Hans Günter Sohl, Hemut Schmidt und Hanns Martin Schleyer

Foto: wikipedia

Tausende sitzen im Dunkeln

Strom-, Gas- und Wassersperren in Düsseldorf



Wenn der Strommann zweimal klingelt....

Foto: (CCO) pixabay

Steigende Mieten und Nebenkosten führen dazu, dass eine große Zahl an privaten Haushalten Probleme hat, ihre Strom-, Gas- und Wasserrechnung zu bezahlen. Diesen Menschen droht in schlimmster Konsequenz eine Energie- und Wassersperre, sie müssen dann ein Leben ohne Licht, ohne Heizung und ohne fließendes Wasser führen.

Auch in Düsseldorf sind viele Menschen hiervon betroffen, die Stadtwerke führen jedes Jahr tausende Sperrungen durch. Alleine im Jahr 2014 wurden 6.566 Stromsperrungen, 838 Gassperrungen und 189 Wassersperrungen durchgeführt. In den vergangenen drei Jahren lag die Anzahl der Sperrungen insgesamt jährlich bei rund 7.600. In den vergangenen

fünf Jahren wurden über 40.000 Haushalte von der Versorgung abgeklemmt.

Um die Anzahl der Sperrungen zu senken, wurden in Düsseldorf bisher nur kleine Verbesserungen umgesetzt. So wurden Vereinbarungen über Ratenzahlungen vereinfacht, Zahlungstermine an die des Jobcenters angepasst und ein Merkblatt zum Hilfenetz erstellt. Die aufgeführten Maßnahmen sind zwar zu begrüßen, in der Praxis haben sie allerdings nicht zu einer Verringerung der Sperrungen geführt.

DIE LINKE setzt sich im Bundestag dafür ein, dass Sperrungen aufgrund von Zahlungsunfähigkeit gesetzlich untersagt werden. Um in Düsseldorf eine schnelle Verbesserung zu erreichen, beantragen wir zur kommenden Sitzung des Sozialausschusses die Umsetzung von zwei Maßnahmen: Die Einrichtung einer Energiesicherungsstelle und die Entschärfung der Frist bis zur möglichen Sperrung.

Bei einer drohenden Sperrung wären die Stadtwerke dann verpflichtet, die betroffenen Haushalte der Energiesicherungsstelle zu melden. Diese würde die von der Versorgungseinstellung bedrohten Haushalte anschreiben und ein Hilfeangebot formulieren. Durch die neue Reaktionsfrist nach der ersten Mahnung würden die betroffenen Haushalte zusätzlich Zeit zum Handeln gewinnen.

Dass tausende Menschen in Düsseldorf kein Strom, Gas oder Wasser zur Verfügung haben, muss schnellstens geändert werden. Wir hoffen, eine Mehrheit stimmt im Sozialausschuss unserem Antrag zu.

Kita-Gebühren abschaffen

Um das strukturelle Defizit im Haushalt zu reduzieren, wollte SPD-Oberbürgermeister Thomas Geisel die Kita-Gebühren für Kinder über drei Jahren wieder einführen. Die erreichte Beitragsfreiheit für die über Dreijährigen ist aus Sicht der Ratsfraktion DIE LINKE eine Errungenschaft, welche nicht aufgegeben werden darf. Kostenfreie Bildung für Alle von der Kita bis zur Hochschule halten wir für eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Daher lehnten wir nicht nur die Neueinführung der Gebühren für über Dreijährige ab, ebenso forderten wir die Abschaffung der bestehenden Gebühren für unter Dreijährige. Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses beantragte DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf daher, die Beitragsfreiheit in Kitas für Kinder aller Altersgruppen einzuführen. Leider wurde unser Antrag von allen Parteien abgelehnt. Zum Glück fand jedoch auch der Vorschlag von Oberbürgermeister Thomas Geisel keine Mehrheit.

Errichtung weiterer Luftmessstationen

Die Luft in Düsseldorf ist schlecht. Deshalb ist es fatal, dass gerade die Luftmessstation an der Ludenberger Straße im Jahr 2014 aufgegeben wurde. Dort wurden regelmäßig die Grenzwerte überschritten, insbesondere beim Feinstaub.

Die Reduzierung von Stationen gaukelt eine Verbesserung der Luft vor. Trotz der teilweise drastischen Überschreitungen hat es Düsseldorf in den letzten Jahren versäumt, wirkliche Veränderungen einzuführen, um die Luftverschmutzung einzudämmen. Der Wegfall von Messstationen ist der falsche Weg.

Deshalb fordert die Ratsfraktion DIE LINKE die Einrichtung von weiteren Messstationen. So sollte die Messstation an der Ludenberger Straße wieder errichtet werden. Dies gilt ebenso für die 2008 weggefallene Station an der Derendorfer Straße. Außerdem scheint eine Messstation auf der Kopernikusstraße, im Abschnitt der B1 dringend notwendig. In der vergangenen Ratssitzung entschied sich die Mehrheit gegen weitere Luftmessstation, der Antrag wurde von Grünen, SPD, CDU und FDP abgelehnt.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf trauert um Frank Werkmeister



Im Alter von 74 Jahren ist Frank Werkmeister am 11. Oktober 2015 nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Frank war bereits Anfang der 60er Jahre als Landesjugendschulsprecher Mitorganisator der Ostermärsche in NRW.

Auch als Geschäftsführer der Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft hat er sich intensiv für den Frieden eingesetzt.

Die Vielfältigkeit seines politischen Engagements wurde auch als Mitgesellschafter des Pläne-Verlages deutlich.

Ein besonderes Anliegen war ihm die

Aufarbeitung der Nazi-Zeit und der Kampf gegen Neonazis.

Frank war ein streitbarer Linker, der immer für seine Überzeugung einstand. Gleichzeitig hat er es aber auch verstanden, für seine Ziele parteiübergreifend MitstreiterInnen zu finden.

Als Mitglied der Bezirksvertretung 1 und im Sportausschuss hat er sich immer für die Belange der Bevölkerung eingesetzt. Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Wir trauern mit seiner Familie.

Für mehr Solarstrom in Düsseldorf

In der Vergangenheit wurden auf städtischen Gebäuden einige sogenannte Bürgersolaranlagen installiert.

2012 wurde das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) dahingehend novelliert, dass die Beteiligung von privaten InvestorInnen in Anlagen auf städtischen Gebäuden unmöglich gemacht wurde.

Damit in Düsseldorf weiterhin über Solaranlagen sauberer Strom gewonnen werden kann, sehen wir nun die Stadtverwaltung in der Verantwortung, dies umzusetzen und sich damit für eine erfolgreiche Energiewende einzusetzen. Eine Amortisation der Investitionen ist in acht bis zehn Jahren vollständig erreicht. Danach produzieren die Anlagen Einnahmen für die Stadt, bzw. entlasten den Haushalt bei Ausgaben für Strom.

Deshalb hat die Ratsfraktion DIE LINKE bei den Haushaltsberatungen den Antrag gestellt, für den Haushalt 2016 und für die folgenden Jahre eine neue Kostenstelle über 150.000 € einzurichten, um jährlich mindestens drei Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 40-50 kW auf den Dächern städtischer Gebäude zu installieren (pro Dach 50.000 €). Dieser Antrag wurde im Umweltausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Bezahlbare Wohnungen werden vernichtet

In der Verweyenstraße in Kaiserswerth befinden sich 108 Wohnungen zu einer Quadratmetermiete von knapp vier Euro. Dies sind ehemalige Rheinbahnwohnungen, die von der Düsseldorfer Wohnungsgenossenschaft (DWG) 2013 übernommen wurden. Mit Zustimmung des Wohnungsamtes lässt die DWG seit 2013 alle freierwerdenden Wohnungen leer stehen und vermietet diese nicht weiter. Inzwischen betrifft dies über 30 Wohnungen. Ein Skandal für sich. Die DWG plant nur so viele Sozialwohnungen zu errichten, wie im bisherigen Bestand noch bewohnt sind. Sie hofft, dass nur 58 übrig bleiben. Darüber hinaus sollen ca. 140 freifinanzierte oder Eigentumswohnungen gebaut werden. Das wird ein gutes Geschäft werden, denn die Verweyenstrasse liegt in bester Lage. Übrigens, die DWG ist eine Genossenschaft. Wie sagt der Volksmund: „Geld stinkt nicht“.

Reisholzer Hafen Protest gegen Containerterminal geht weiter

In Reisholz soll ein neuer Containerhafen entstehen. Das ist das erklärte Ziel der Ampel und der CDU.

Dagegen steht die Bürgerinitiative Hafenalarm, die sich vehement gegen den zu erwartenden zusätzlichen Güterverkehr und die Umweltbelastungen zur Wehr setzt. Dabei geht es um Lärm- und Emissionsbelastungen, aber auch um die befürchtete Zerstörung von Naturschutzgebieten rund um den Reisholzer Hafen.

Um konkrete Daten für den zukünftigen Straßenverkehr zu erhalten, wurde bereits 2013 von den Neuss-Düsseldorfer-Häfen ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. Leider wurde es bis heute nicht vorgelegt. Es ist zu vermuten, dass es Ergebnisse erbracht hat, die gegen den Ausbau des Hafens sprechen und deshalb noch nicht veröffentlicht wurde. Trotzdem wollen die Verwaltung und die Ratsmehrheit das Projekt forcieren, indem sie jetzt dafür gesorgt haben, dass eine Entwicklungsgesellschaft gegründet wurde. Da es dagegen starken Widerstand in der Bevölkerung gab, hat die Ampel einen Änderungsantrag eingebracht, in dem sie die Gesellschaft aufforderte den weiteren Prozess transparenter zu gestalten.



Auch vor der Ratssitzung gab es Proteste

Foto:hafenalarm.de

ten. Dies sollte dem Protest den Wind aus den Segeln nehmen. Nach wie vor soll jedoch die Entwicklungsgesellschaft gegründet werden.

Auch dagegen protestierte die Bürgerinitiative. Wir zitieren aus einem offenen Brief der BI: „Ein überwiegendes öffentliches Interesse an einem solchen Projekt liegt nicht vor. Denn es bestehen Überkapazitäten im Containergeschäft der nahegelegenen Häfen, z.B. in Duisburg und Neuss, und die lokale

und internationale Nachfrage ist lau.“... „Wir, Hunderte von Anwohnern und Umweltverbände, haben gegen diesen Entwurf Einwendungen schriftlich eingereicht und begründet. Daran arbeitet die Bezirksregierung noch - auch hier sollte man wenigstens das Ergebnis abwarten. Die örtliche Industrie braucht den Containerterminal nicht.“

Als einzige Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf steht DIE LINKE hinter den Forderungen der Bürgerinitiative.

Wem gehört die Stadt? Rede zum Haushaltsjahr 2016

Am letzten Sitzungstag im Jahr diskutiert und verabschiedet der Rat den städtischen Haushalt für das nächste Jahr. Traditionsgemäß werden vor der Debatte von den Fraktionen Haushaltsreden gehalten, in denen die jeweiligen Politikansätze dargestellt werden. In diesem Jahr hat die Fraktionssprecherin, Angelika Kraft-Dlangamanda, die Rede für DIE LINKE gehalten.

Wir geben die Inhalte und Forderungen kurz wieder:

Wohnen: Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für alle Einwohnerinnen und

Einwohner. Die Stadt muss selber bauen und Wohnungen vermieten, deshalb: Kommunaler Wohnungsbau auf kommunalen Flächen. 50% öffentlich geförderter Wohnungsbau. Kein weiterer Verkauf von städtischen Grundstücken. Abrücken vom Handlungskonzept Wohnen.

Verkehr: Ausbau des ÖPNV mit verkürzten Taktzeiten und einer besseren Anbindung abends, nachts und am Wochenende in die Außenstadtbezirke. Keine Fahrpreiserhöhungen, statt dessen Senkung. Sozialticket für 10 Euro.

Ausbau des Radwegenetzes, bessere Angebote für FußgängerInnen. Kein Bau der U81.

Soziales: Die Armut steigt auch in Düsseldorf. Maßnahmen gegen Strom-, Gas- und Wassersperren ergreifen. Kostenlose Bildung für alle von der KiTa bis zur Volkshochschule. Den Bücherbus erhalten. Bürgerhäuser als wichtige und kostenlose Kommunikationsorte für alle einrichten. Keinerlei Kürzungen im sozialen Bereich.

Finanzen: Vom Märchen der Schuldenfreiheit abrücken, die Handlungsfähigkeit der Stadt nicht einschränken. Für notwendige Maßnahmen Kredite aufnehmen, Verschuldung nicht an städtische Töchter auslagern. Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 %, sowie Einstellung von städtischen SteuerprüferInnen. Keine Gebührenerhöhungen.

Städtisches Personal: Ausfinanzierung des Stellenplans. Statt Stellenreduzierungen Besetzung aller freien Stellen (zurzeit fast 1.000) und Eingliederung aller außerplanmäßigen Stellen (zurzeit über 500) in den Stellenplan. Auf neue Anforderungen und Einwohnerzahlen mit Personal reagieren.

Die vollständige Haushaltsrede finden Sie auf der Internetseite der Fraktion unter www.linksfraktion-duesseldorf.de



Ja, wem gehört sie eigentlich?

Foto: © rheinblick

Tour de France in Düsseldorf

DIE LINKE lehnt Verschwendung öffentlicher Mittel ab

Nachdem die Stadt London ihre Bewerbung für den Start der Tour de France zurückgezogen hat, soll sich jetzt nach dem Willen von SPD und Grünen die Stadt Düsseldorf bewerben. Nach einer langen und emotionalen Diskussion stimmte der Rat in seiner Sitzung am 5. November diesem Vorhaben in geheimer Abstimmung mit 40 Ja- gegen 39 Nein-Stimmen zu. CDU und FDP hatten vorher erklärt, dass sie dagegen stimmen werden. DIE LINKE hatte einen eigenen Antrag eingebracht, in dem der Rat beschließen sollte, „...dass für einen evtl. Prolog der Tour de France in 2018 oder zu einem anderen Termin in Düsseldorf keine Finanzmittel der Stadt

oder ihrer Tochterunternehmen zur Verfügung gestellt werden“. Dementsprechend erklärte auch die Ratsfraktion DIE LINKE nicht zuzustimmen.

Das Ergebnis machte deutlich, dass alle drei Fraktionen gegen die Vorlage der Ampel stimmten. So kam eine Mehrheit nur mit den Stimmen des Republikaners und des Vertreters der AfD zustande. Das war den Fraktionsspitzen von SPD und Grünen äußerst peinlich. In einer Sitzungsunterbrechung berieten sie offensichtlich, wie sie aus der Situation mit Stimmen rassistischer Parteien die Tour nach Düsseldorf zu holen, wieder rauskommen. Aber beschlossen ist beschlossen und so wird der Streit

um die Finanzierung weitergehen. Nach Berechnung der Verwaltung kostet der Start die Stadt ca. 11 Mio. Euro. Durch Sponsoren und Steuereinnahmen soll die Belastung auf 6,2 Mio. gedrückt werden. So hofft die Ampel jetzt, dass die Messe die Veranstaltung mit 3 Mio. sponsert. Dann müsste der Aufsichtsrat der Messe allerdings davon überzeugt werden, dass sich durch den Tourstart ein Werbeeffekt erzielen lässt, der das Sponsoring für die Messe profitabel macht. Sonst wäre dies eine außerplanmäßige Ausschüttung, die im gleichen Verhältnis an alle anderen Gesellschafter erfolgen müsste.

Bei der Finanzlage der Stadt ist es unverantwortlich 6,2 Mio. Euro für so eine Veranstaltung auszugeben. Damit setzt Geisel die Tradition Elbers fort, der mit Skirennen in der Altstadt, DTM auf der Kö oder dem Eurovision Song Contest das Geld der DüsseldorferInnen in überflüssige Projekte gesteckt hat.

Jetzt gibt es allerdings noch den oben erwähnten Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. Die Streiterei über den Tourstart nahm im Stadtrat so viel Zeit in Anspruch, dass dieser Antrag nicht mehr behandelt wurde und im Februar erneut auf der Tagesordnung steht. Es besteht also weiterhin die Möglichkeit die Verschwendung der öffentlichen Gelder zu stoppen.



Stramme Waden anschauen bleibt uns erspart

Foto: © (CC BY 2.0) pixabay/argentum

Frauen, Flucht, Wege

Eine Veranstaltung zum internationalen Frauentag 2016

Vortrag und Diskussionsveranstaltung mit vier Frauen, die von ihrem persönlichen Fluchtweg als Teil ihrer Lebensgeschichte berichten.

Samstag, 19. März von 14:00 bis 17:00 Uhr

Bürgersaal Düsseldorfer Arcaden im Stadtteilzentrum Bilk

Das Bürgerhaus findet sich rechts neben den Düsseldorf Arcaden, Eingang Bachstr. 145

DIE LINKE & Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf in Kooperation mit Düsseldorf Aufklärungsdienst



Foto: (CC BY 2.0) flickr/campact

Verkauf städtischer Grundstücke

Wie früher mit der CDU und FDP setzt heute auch die Ampel auf den Verkauf von städtischen Grundstücken.

Für DIE LINKE Ratsfraktion ist es der falsche Ansatz, den städtischen Haushalt mit dem Verkauf des „Tafelsilbers“ sanieren zu wollen. Dieser Vorschlag bei den Haushaltsberatungen ist das Gegenteil einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Kommunalpolitik. Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass auf den so veräußerten Grundstücken sehr oft private Großinvestoren Mietwohnungen im hochpreisigen Segment errichtet haben. Die Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner von Düsseldorf auf den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum wurden dagegen nicht erfüllt. Durch den Ausverkauf städtischer Grundstücke verringert die Stadt Düsseldorf ihre Möglichkeiten einer Einflussnahme auf die zukünftige Stadtentwicklung, wie sie durch den Erhalt der Liegenschaften in Eigenbesitz gewährleistet wären.

Bus und Bahn immer teurer

Am 1. Januar 2016 griff die Rheinbahn wieder tief in die Taschen ihrer Fahrgäste. Um 4 % wurden die Fahrpreise erhöht. Mit der Ankündigung der Fahrpreiserhöhung teilte die Rheinbahn im vergangenen Jahr mit, dass die Zahl der Fahrgäste stagniert und die Jahresabos sogar um 3,5 Prozent zurückgegangen sind. Mit höheren Fahrpreisen mehr Fahrgäste anzulocken, ist ein eher ungewöhnliches Projekt.

Am Beispiel des „Bären-Tickets“, für Menschen ab 60, lässt sich die Fahrpreisentwicklung gut verdeutlichen. Dieses Monatsabo kostete am 1. Januar 2006 noch 47 Euro. Ab 1. Januar 2016 beträgt der Abo-Preis 81,15 Euro. In 10 Jahren ein Anstieg um 72,6 Prozent! Da würden sich die RentnerInnen freuen, wenn ihre Renten in den letzten zehn Jahren nur um ein Sechstel dieser Fahrpreiserhöhung angestiegen wären. Die Erhöhungen betreffen auch das Sozialticket: Am 1. Januar stieg es auf 31,95 Euro, eine erneute Erhöhung auf 34,75 Euro steht zum 1. April an. DIE LINKE lehnt die Preiserhöhungen bei Bus und Bahn ab, Mobilität ist ein Grundrecht zu dem alle Menschen Zugang haben sollten.

Sozialticket günstiger anbieten

Seit drei Jahren gibt es in Düsseldorf ein Sozialticket zum Preis von aktuell 31,95 Euro. DIE LINKE erachtet es als sinnvoll, ein vergünstigtes Ticket im Regeltarif anzubieten. Allerdings lehnen wir den derzeitigen Preis als deutlich zu hoch ab. Für den Großteil der Geringverdienenden und Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, ist dieses Ticket schlichtweg zu teuer. Aufgrund des hohen Preises wird das Ticket auch schlecht angenommen, wie die Antwort auf eine LINKEN-Anfrage im Sozialausschuss zeigt: Im Jahr 2014 wurden durchschnittlich nur rund 13.000 Sozialtickets pro Monat verkauft, obwohl etwa 91.000 Personen zum Kauf berechtigt waren. Wir halten aus sozialen und ökologischen Gründen ein Sozialticket zu 10 Euro für gesellschaftlich geboten. Ein solches Ticket ist notwendig und finanzierbar. Durch höhere Fahrgastzahlen würde es sich selbst finanzieren, es werden dauerhaft Neukunden gewonnen und die Zahl der sogenannten Schwarzfahrer sinkt. Ein entsprechender Antrag im Düsseldorfer Stadtrat wurde von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt.

Leerstandsspekulation geht weiter

Mit einer Zweckentfremdungssatzung wollte die Ratsfraktion DIE LINKE gegen den ausufernden Wohnungsleerstand in Düsseldorf vorgehen. Bei gleichzeitiger zunehmender Wohnungsnot stehen ca. 14.000 Wohnungen in Düsseldorf leer. Ein Teil sicherlich, weil sich kein Mieter aufgrund der hohen Preise finden lässt, aber viele weil zunehmend mit Wohnungen und Grundstücken spekuliert wird. SPD und Grüne, die sich in den Zeiten ihrer Opposition noch dafür aussprachen, lehnten dies jetzt ab (SPD) oder enthielten sich (Grüne). 16 % der Düsseldorfer Bevölkerung sind auf Hartz IV oder Mindestsicherung angewiesen. Ca. 50 % haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Tausende geflüchtete Menschen werden in den nächsten Jahren zu uns gehören und benötigen eine Wohnung. Die FDP griff DIE LINKE in der Ratssitzung heftig an und behauptete, sie wolle sich auf Kosten der Flüchtlinge profilieren. Wo Argumente fehlen, wird schon mal gepöbelt.

Mobilität: sozial und gerecht

Gegen eine Verkehrspolitik der Großprojekte

Nicht nur wenn es um den Immobilienmarkt geht – auch in der Verkehrspolitik protzt Düsseldorf gerne. An den Bedürfnissen der EinwohnerInnen vorbei, wurden in den letzten Jahren im Bereich der Verkehrspolitik immer wieder Großprojekte beschlossen, die die Stadt große Summen an Geld kosteten und von vielen DüsseldorferInnen abgelehnt wurden. So zum Beispiel der Abriss des Tausendfüßlers, der Bau der Wehrbahnlinie und die umstrittene U 81.

In der vergangenen Haushaltssitzung beantragte die Ratsfraktion DIE LINKE die Streichung der Gelder für den Bau der Stadt-Bahnlinie 81, die im ersten Teilabschnitt den Düsseldorfer Flughafen mit dem Freiligrath Platz im Düsseldorfer Norden verbinden soll. Gegen eine Hochbrücke, über die die Linie im Stadtteil Lohausen führen soll, gibt es seit Monaten große Kritik von AnwohnerInnen. Sie haben eine Bürgerinitiative gegründet, um sich gegen die Pläne zu wehren.

Die Ratsfraktion DIE LINKE unterstützt die Proteste der AnwohnerInnen und wies in der Ratssitzung erneut darauf hin, dass es sich hier um ein weiteres Prestigeprojekt handelt, das Millionen-Summen verschlingt und keinen wirklichen Nutzen für die Bevölkerung darstellt, sondern lediglich

MessebesucherInnen den Weg zum Flughafen erleichtern soll. Der Antrag wurde abgelehnt. Kritik formulierte die Ratsfraktion DIE LINKE auch gegenüber dem Millionenschweren Projekt Wehrbahnlinie, die im Februar 2016 eröffnet

Vordergrund stehen die Verminderung des Autoverkehrs in der Stadt und eine Förderung von Rad- und Fußverkehr. Der Ausbau des Radnetzes ist dabei ebenso wichtig, wie die Gestaltung eines attraktiven Fußverkehrs. Im Ord-



Wo bleiben bei der Planung die FußgängerInnen?

Foto: © (CC BY 2.0) pixabay/B_me

werden soll. Auch hier hätte das Geld sicherlich sinnvoller eingesetzt werden können – der ÖPNV muss ausgebaut werden, solche Millionen-Projekte sind dabei nicht hilfreich.

Als Ratsfraktion DIE LINKE setzen wir uns für eine soziale, gerechte und umweltfreundliche Verkehrspolitik ein. Im

Planungs- und Verkehrsausschuss haben wir deshalb eigene Haushaltsmittel für die Erstellung eines Konzeptes für Fußgängerwege eingefordert, dies wurde abgelehnt. Grundsätzlich gilt, der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut und besonders für die Randbezirke attraktiv und nutzbar werden.

Das Albrecht-Dürer-Kolleg kommt

Kaufen oder mieten – wie entscheidet der Rat?

Seit Wochen wird in den Düsseldorfer Medien über das geplante Albrecht-Dürer-Kolleg berichtet. Hierbei geht es um erhebliche Beträge aus dem städtischen Haushalt. Die Vorschriften für eine nichtöffentliche Behandlung trafen nicht zu. Gleichwohl lehnte der Rat den Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE nach öffentlicher Beratung ab. Einen großen Raum nahm dabei die Frage ein, ob die

Stadt die Schule nach der Fertigstellung mieten oder kaufen soll. Bei einem Mietvertrag sollen die Mietforderungen an die Stadt als Sicherheit zur Kreditaufnahme des Investors an eine Bank übertragen werden. Bei einem Kauf müsste wahrscheinlich die Stadt den Bau durch eine eigene Kreditaufnahme finanzieren.

Welche Finanzierungsform entspricht mehr dem Eid der Mitglieder des Rates, dem Wohl der Stadt zu dienen? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich das Mietmodell etwas näher ansehen. Die Mietforderungen werden einer Bank übertragen. Diesen Vorgang nennt die Finanzwelt „Forfaitierung“. Dies bedeutet, dass die Stadt faktisch zum KreditnehmerIn wird. Der Unterschied ist

nur, dass die Kreditraten jetzt „Mieten“ heißen und als solche auch im städtischen Haushalt erscheinen. Die Stadt muss ein Einredeverzicht abgeben, das heißt, sollten in der Mietsache Schäden auftreten, muss die Stadt die Miete in unveränderter Höhe weiterzahlen und die Schäden auf eigene Kosten beseitigen. Zusätzlich kann die Bank ein Schuldnerkenntnis verlangen.

Der Vertrag würde über 30 Jahre laufen, danach ist der Kredit bezahlt. Zusätzlich erzielt der Investor einen Gewinn aus den Mietzahlungen. Die Schule gehört dann allerdings weiter dem Investor, obwohl aus dem städtischen Haushalt alle Ausgaben der Grundstückssanierung, Planung und des Baus finanziert wurden.

Würde die Stadt einen eigenen Kredit aufnehmen und den Bau selbst finanzieren, so würde die Stadt den Kredit sicher zu günstigeren Bedingungen bekommen und die Schule gehört am Ende der Stadt.

Nur um eine angebliche Schuldenfreiheit zu erhalten, erwähnt die Stadt eine Finanzierung über das Mietmodell. DIE LINKE spricht sich für den Kauf der Schule durch städtische Mittel aus.



Geldgeschenke für die Bank

Foto: stux/pixabay

Wie pleite ist Düsseldorf?

Der Geisel-Mehrheit fehlt jedes Konzept

Die Haushaltsberatungen am 10.12. machten in schockierender Weise deutlich, wie sehr die Politik der vergangenen Jahre Düsseldorf an den Rand des Ruins gebracht hat. Natürlich liegt die Ursache vor allem an dem Größenwahn der Elberschen Mehrheit von CDU/FDP. Weit über eine Milliarde wurde in teure Prestigeobjekte wie den Kö-Bogen oder die Wehrhahn-Linie gesteckt. Mit erstem wurde mit dem Geld des Verkaufs der Stadtwerke-Anteile ein überflüssiger Konsum-Tempel und mit zweitem eine U-Bahn, die zu einer Verschlechterung des ÖPNV-Angebots führte, geschaffen.

Dies alles geschah mit den Stimmen der FDP, die heute mit SPD und Grünen die Mehrheit im Rat stellt. Es liegt vor allem an dieser Partei, dass die dogmatische Ideologie „Keine Schulden und keine Steuererhöhungen“ die Politik der Mehrheit im Rat bestimmt.

Demzufolge wurde der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE, die Gewerbesteuer um 10 % zu erhöhen, von den übrigen Parteien im Rat abgelehnt. Diese Erhöhung brächte der Stadt - nach Berechnungen der Stadtverwaltung - 88,8 Mio. jährlich zusätzlich ein. Aber bedeutet dies auch eine große Belastung der Düsseldorfer Unternehmen? Nein - es wird der erzielte Profit besteuert. Zurzeit beträgt der Steuersatz für Düsseldorfer Unternehmen 15,4 Prozent. Eine Erhöhung dieses Steuersatzes um 10 % bedeutet, dass von 10.000 Euro Profit jährlich nur 154 Euro zusätzlich von den profitablen Düsseldorfer Firmen zur Erfüllung der städtischen Aufgaben geleistet werden.

OB Geisel und seine Ampel-Mehrheit haben sich Alternativen zur Haushalts-Sanierung ausgedacht: So will die Stadt

untersuchen, wie sie mit 20 % weniger Personal auskommt. Die Folge wird schlechterer Service und längere Wartezeiten in den Ämtern sein.

Der Bücherbus, der insbesondere in vielen Stadtteilen von Kindern und Senioren in Anspruch genommen wird, wird abgeschafft. Eine ganze Reihe von Gebühren und die Vergnügungssteuer werden erhöht. Zusätzlich werden quer durch den Haushalt alle Ausgaben um 3,4 Prozent gekürzt. Grundstücke werden wie saures Bier angeboten und privatisiert und mit der Stadtparkasse streitet der Oberbürgermeister erbitert um 28 Mio. Gewinnabführung an die Stadt.

Gleichzeitig erwirtschaften Düsseldorfer Betriebe, Unternehmen und Konzerne einen Profit von über 6 Mrd. Euro. Personengesellschaften, also vor allem Kleinbetriebe, sind von einer Erhöhung der Gewerbesteuer in der Regel kaum

betroffen, da für sie ein Freibetrag von 24.500 Euro gilt und sie hohe Möglichkeiten der Anrechnung beispielsweise auf die Einkommenssteuer haben. Es geht vor allem um die Kapitalgesellschaften, die eine geringfügige Mehrbelastung im Interesse der Düsseldorfer Bevölkerung hinnehmen müssten. Ohne die Arbeit der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer hätten sie die Profite gar nicht machen können. Die Ampel muss sich zwischen den Interessen des Kapitals und der Bevölkerung entscheiden.

Abgelehnt wurde auch der Antrag der LINKEN, kommunale Steuerprüfer einzustellen. Städte wie Köln haben die Erfahrung gemacht, dass jeder SteuerprüferInnen im Schnitt eine Mio. Zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen erbringt. Die Mehrheit im Rat will nicht einmal sicherstellen, dass die Gewerbesteuern überhaupt ehrlich bezahlt werden. Das ist reine Klientelpolitik für das Kapital.



Tasche leer!

(CC BY-SA 3.0) romi/pixabay

Sanierung städtischer Gebäude

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Die Stadt Düsseldorf besitzt ca. 1.200 Gebäude an 710 Standorten. Viele dieser Gebäude sind sanierungsbedürftig und das schon seit Jahren, denn bisher wurde lieber das Geld in Projekte wie den Kö-Bogen oder die Wehrhahnlinie gesteckt als die notwendigen Sanierungen durchzuführen. Je länger jedoch Sanierungen aufgeschoben werden, desto teurer wird es im Endeffekt.

Vor über einem Jahr hat der Rat in seiner Sitzung am 04. Dezember 2014 beschlossen, dass eine Projektgruppe „Städtische Gebäude“ eingerichtet wird, „die ab Januar 2015 in regelmäßigen Sitzungen den Sanierungsbedarf der städtischen Gebäude zusammenstellt und über Maßnahmen berät. (...) Ziel-

setzung der Projektgruppe ist es, bis Mitte 2017 alle städtischen Gebäude (ohne Schulen) in der Arbeitsgruppe behandelt zu haben.“ Bis heute hat eine solche Gruppe nicht getagt. Auf unsere Anfrage, warum dies so sei, antwortete die Verwaltung, dass es zwar ein Konzept gäbe, dieses aber noch nicht vom Verwaltungsvorstand der Stadt verabschiedet worden ist. Deshalb konnte die Projektgruppe auch noch nicht - selbst ein Jahr nach dem Beschluss - zusammentreten. Ob der vom Rat vorgegebene Zeitplan noch eingehalten werden kann, ist mehr als fraglich.

Besonders großer Sanierungsbedarf besteht bei den Kulturbauten der Stadt. Allein hier sollen ca. 78 Millionen Euro notwendig sein. Auch im städtischen

Haushalt 2016 sind keine Mittel für Sanierungsarbeiten eingestellt worden. Um zumindest in diesem Bereich etwas in Gang zu setzen, haben wir den Antrag eingebracht, einen Masterplan für die Sanierung der Kulturbauten aufzustellen und für eine Anschubfinanzierung Mittel in den Haushalt einzustellen. Da die städtischen Mittel aber auch in Düsseldorf mittlerweile knapp geworden sind, wurde unser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Irgendwann wird aber eine Sanierung unumgänglich werden. Nur werden die Kosten dann nicht mehr „nur“ 78 Millionen Euro betragen, sondern wahrscheinlich mehr als 100 Millionen. Eine vorausschauende Haushaltsplanung sieht anders aus.

Niedriglöhne an der Volkshochschule

Im letzten Rheinblick berichteten wir bereits über die schlechten Arbeitsbedingungen an der Volkshochschule (VHS) Düsseldorf:

Die fachlich und pädagogisch hoch qualifizierten Dozentinnen und Dozenten bekommen dort ein Honorar, von dem sie kaum leben können. Bezahlt wird nur die reine Unterrichtsstunde mit 19 Euro.

Von dem Honorar wird noch einmal rund 36 Prozent für Sozialversicherungen abgezogen. Für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts gibt es kein Geld, wegfallende Honorare aufgrund ausgefallener Kurse verschlechtern die Situation zusätzlich. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub gibt es nicht. Die Dozentenvertretung beantragte daher eine Erhöhung der Honorare auf 25 Euro beim Kuratorium der VHS. Die Erhöhung wurde im Kuratorium einstimmig angenommen.

Zur Umsetzung des Beschlusses benötigt die VHS allerdings mehr Geld von der Stadt. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf stellte daher einen entsprechenden Antrag im Stadtrat. Der Antrag wurde jetzt leider von der Ampelkoalition - entgegen ihres eigenen Beschlusses im Kuratorium - abgelehnt. Beschlossen wurden lediglich Haushaltsmittel für eine Erhöhung auf 21 Euro. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf wird sich weiterhin für eine gerechte Bezahlung einsetzen.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Unsicherheit beim Personal in der Verwaltung

Für sehr viel Unruhe sorgte die Ankündigung des Oberbürgermeister Geisel in den nächsten Jahren beim Personal in der städtischen Verwaltung 2.000 Stellen (=20%) zu streichen. Schon jetzt leidet der Service für die BürgerInnen und die Arbeitssituation in den Ämtern, da viele Stellen aus Kostengründen einfach nicht besetzt werden. Damit soll Geld gespart werden. Momentan fehlen für den Stellenplan 36 Mio. Euro. Schon seit mehreren Jahren gibt es zudem eine Deckelung der Stellenzahl, d.h. auch bei Mehrbedarf werden keine neuen Stellen geschaffen. Geisel übernahm diese Anforderungen vom Vorgänger. So wird deutlich, dass es im Personalbereich keine Veränderungen zum Positiven geben wird.

DIE Ratsfraktion DIE LINKE stellte in der Vergangenheit mehrere Anfragen zur Arbeitssituation und -belastung der städtischen Angestellten. Mit dem Ergebnis, dass einerseits die Anzahl der Überstunden steigen, andererseits auch der Krankenstand wächst. Das heisst der Druck auf die Beschäftigten wird immer höher. Kein Wunder, denn 1.079 der insgesamt 9.694,64 Stellen waren Mitte 2015 unbesetzt. Mit der Krankquote zusammen fehlten in der Verwaltung fast 18% der städtischen Beschäftigten. Die Ratsfraktion DIE LINKE stellte deshalb in den Haushaltsberatungen den Antrag dass der Stellenplan vollständig ausfinanziert wird, alle fehlenden Stellen besetzt werden und die Deckelung der Stellenzahl aufgehoben wird.

Wohnen bleibt teuer Zahl der Sozialwohnungen sinkt weiter

Im sozialen Wohnungsbau werden die Investoren durch Zuschüsse und zinsvergünstigte Darlehen finanziell unterstützt. Dafür gehen sie die Ver-

Auch in Düsseldorf nimmt der Bestand der Sozialwohnungen seit Jahren kontinuierlich ab. Von 1990 bis zum Jahr 2000 reduzierte sich deren An-

ster Groschek eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Fördermitteln unterzeichnet. Darin verpflichtet sich das Land Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren für Düsseldorf jährlich ein Mindestbudget von 40 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die Mittel können von der Stadt oder von privaten Investoren zum Bau von Sozialwohnungen in Anspruch genommen werden.

DIE LINKE hat im Stadtrat nachgefragt, wie viele Sozialwohnungen die Stadt mit diesen Mitteln bauen will. Laut Antwort der Verwaltung will die städtische Wohnungsgesellschaft bis zum Jahr 2019 lediglich 30 Sozialwohnungen errichten. Da die Stadt die benötigten Wohnungen nicht selber bauen will, müssen private Investoren hierfür gefunden werden. Diese verdienen bisher mit hochpreisigen Wohnungen allerdings mehr Geld als mit Sozialwohnungen, ob sie die Mittel ausschöpfen ist daher mehr als fraglich.

Aus Sicht der LINKEN ist die Schaffung und Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes von bezahlbarem Wohnraum für darauf angewiesene Menschen eine vorrangige Aufgabe. Die Stadt sollte daher selbst Sozialwohnungen auf städtischen Grundstücken bauen. Düsseldorf würde so von Zuschüssen des Landes profitieren und neben bezahlbarem Wohnraum auch städtisches Eigentum schaffen.

Zur vergangenen Ratssitzung beantragten wir, dass die Stadt in diesem Jahr mindestens 30 Millionen Euro der Fördermittel für den Bau von Sozialwohnungen in Anspruch nehmen solle. Rund 300 Sozialwohnungen könnten damit errichtet werden. Der Antrag wurde von SPD, Grünen, FDP und CDU abgelehnt. Die Zahl der Sozialwohnungen wird weiter sinken.



Zukünftig das Wohnzimmer auf der Strasse

Foto: (CC BY-NC-ND 2.0) Marc Berthold/flickr

pflchtung ein, die Wohnungen für einen bestimmten Zeitraum zu günstigen Mieten anzubieten. Eine solche Sozialwohnung darf nur beziehen, wer durch einen Wohnberechtigungsschein belegt, dass eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschritten wird.

Der Staat hat sich in der Vergangenheit immer mehr aus der Verantwortung für die soziale Versorgung mit Wohnungen zurückgezogen. Zum einen wurden kaum neue Sozialwohnungen gebaut, zum anderen sind immer mehr bestehende aus der Preisbindung gefallen. In Deutschland hat sich die Zahl der Sozialwohnungen so von ehemals fünf Millionen auf knapp eine Million reduziert. Der Wegfall ist einer der Gründe dafür, dass Wohnen für viele Menschen ein teures Unterfangen geworden ist.

zahl in der Stadt von über 60.000 auf 36.000. Bis zum Jahr 2010 sankt die Zahl weiter auf 23.000, derzeit sind es nur noch rund 17.000. In den kommenden fünf Jahren werden weitere 3.000 Wohnungen aus der Preisbindung fallen.

Der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand hat sich so von über 20 Prozent im Jahr 1990 auf aktuell unter fünf Prozent reduziert. Gleichzeitig haben jedoch 50 Prozent der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und somit das Recht eine solche Wohnung zu beziehen. Die benötigten Sozialwohnungen sind allerdings nicht vorhanden – ein Neubau daher dringend erforderlich.

Im vergangenen Jahr haben Oberbürgermeister Geisel und NRW-Baumin-

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein